

Engel mit Kamm
und Schere

Hilfe für Leute ohne
Bleibe *Wochenende*



Täglich 500 Euro
Bargeld zu gewinnen

Machen Sie mit beim
Nikolausgewinnspiel *Leute*



Hilfe für die Kinder von Lesbos

Die WAZ-Weihnachtsspendenaktion
kommt diesmal den Kleinsten
unter den Flüchtlingen zugute

Bericht Rhein-Ruhr



EDITORIAL

WAZ-Chefredakteur
Andreas Tyrock zur
Spendenaktion



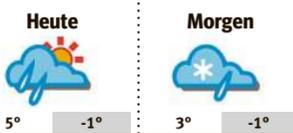
Liebe Leserin, lieber Leser

In vielen Regionen dieser Welt
ist das Leid von Kindern unendlich.
Krieg und Vertreibung gehören für
sie zum Leben. Monate oder gar
Jahre sind sie mit ihren Familien
auf der Flucht, sie kennen kein
anderes Zuhause als die Straße
oder die Flüchtlingslager.

Auch in diesem Jahr möchten
die WAZ und die Kindernothilfe in
einer gemeinsamen Weihnachtsspendenaktion
versuchen, dieses Leid ein wenig zu mildern.
Unterstützen wollen wir die Flüchtlingsfamilien
auf Lesbos. Seit Beginn des
Syrienkrieges 2011 strömen
Menschen auf der Flucht nach
Griechenland. Seit der Abriegelung
der Balkanroute und dem Inkrafttreten
des Flüchtlingsdeals zwischen der
Europäischen Union und der
Türkei ist das Land zur Endstation
vieler Schutzsuchender, zuletzt
auch aus Afghanistan, geworden.
Nach Schätzungen der UN-Flüchtlingshilfe
leben dort zurzeit rund 120.000
Menschen.

Oft haben wir vor allem über die
Lage der Kinder berichtet, auch
private Hilfsaktionen aus dem
Ruhrgebiet engagieren sich für die
Leidenden auf Lesbos. Wir wollen
zur dringenden notwendigen Hilfe
auf Lesbos beitragen und zugleich
aber die Sicherheit aller Beteiligten
gewährleisten. Leider können
unsere Reporter wegen der
dramatischen Corona-Lage auch in
diesem Jahr nicht persönlich vor Ort
sein. Über Bilder und Video-Interviews
werden sie uns trotzdem mitnehmen
in eine Welt, die von Armut und
Elend geprägt ist. Doch die
Hoffnung will dort niemand aufgeben.

HEUTE in Ihrer Zeitung



Wir fragen euch an dem ersten Advent:
Hat etwa jemand Winterreifen
verpennt?

ESSEN Rauswurf wühlt Belegschaft auf Caritas-Mitarbeitende schreiben Brandbrief

Lokalseite 1

Rentenerhöhung 2022 wohl doch geringer

Berlin. Böse Überraschung für die
rund 21 Millionen Rentner. Mitte
2022 sollten ihre Bezüge eigentlich
um 5,2 Prozent steigen. Doch die
Ampel-Parteien haben sich auf die
Wiedereinführung des sogenannten
Nachholfaktors in der Rentenformel
geeignet. Das Renten-Plus in dem
kommenden Jahr wird deshalb wohl
deutlich geringer ausfallen. *Bericht/Komm. Politik*

BÖRSE

Dax	15.257 (15.918; 25.11.)
Tec Dax	3822 (3870; 25.11.)
Dow Jones	34.936 (35.802; 24.11.)
Euro	1,1291 (1,1223; 25.11.)

LESERSERVICE
0800 6060710
(kostenlose Servicenummer)



NRW bereitet Corona-Notlage vor

Südafrika-Variante bereitet Ärzte und Politik Sorgen. Wieder Maske im Unterricht?

Düsseldorf. Die in Südafrika nachgewiesene neue Variante des Corona-Virus bereitet Medizinern und der Politik zunehmend Sorge. „Wir sind sehr besorgt“, sagte der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler. Er sei froh, dass in Südafrika im Moment so zuverlässig und mit sehr viel Engagement die Verbreitung der Variante nachverfolgt werde. Die EU-Kommission will Reisen aus dem südlichen Afrika in die EU auf ein absolutes Minimum beschränken. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stufte die Variante B.1.1.529 mit dem Namen Omikron als „besorgniserregend“ ein.

Unterdessen prüft das Pharmaunternehmen Biontech eine mögliche Anpassung seines mRNA-Impfstoffs an das Virus aus Südafrika. „Die Variante unterscheidet sich deutlich von bisher beobachteten

Varianten, da sie zusätzliche Mutationen im Spike-Protein hat“, so ein Sprecher. Experten befürchten, dass die vielen Mutationen der Variante dazu führen, dass sich der Erreger schneller ausbreitet oder die Impfstoffe ihre Wirkung verlieren. Am Freitag wurde ein erster Fall des B.1.1.529-Typs in Belgien gemeldet. In Deutschland ist die Variante nach Angaben des RKI noch nicht festgestellt worden.

Die Pandemie hat auch in NRW immer mehr Auswirkungen. Die Fallzahlen steigen, Operationen werden verschoben: Das Land blickt offenbar einem kaum zu beherrschenden Infektionsgeschehen entgegen. „Es liegen schwierige Wochen vor uns“, warnte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Freitag im Landtag. Er rief Bürger und Politik zu Verantwortung, Solidarität und Zusammenhalt auf.

In einem Eilverfahren einigten sich Landesregierung und Opposition auf eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes. Damit bekommt das NRW-Gesundheitsministerium mehr Befugnisse gegenüber den Krankenhäusern, um die Aufnahme von Corona-Patienten aus anderen Bundesländern besser steuern zu können. Im Landtag stimmten alle Fraktionen dafür. Die ersten Patienten werden jetzt mit Bundeswehrmaschinen aus anderen Teilen Deutschlands nach NRW geflogen. Laut Wüst kann es notwendig werden, dass geplante Operationen verschoben werden. „Das trifft auch viele Menschen, die sich haben impfen lassen, die vorsichtig waren, die aber aus anderen Gründen operiert werden müssen“, so Wüst. Ihnen werde eine „gigantische Solidarleistung“ abverlangt. *mk/dpa Berichte/Leitartikel Politik*

Möglicherweise bald wieder Maskenpflicht an Schulen

■ Weil sich die Lage zuspitzt ist, denkt NRW offenbar daran, die Maskenpflicht im Unterricht wieder einzuführen. NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) deutete dies am Freitag an. Am Dienstag werde sich das Landes-

kabinett unter anderem mit den Infektionen unter Schülerinnen und Schülern beschäftigen. Sollten die Zahlen dies hergeben, könnten „weitere Maßnahmen nötig werden“. Dazu würde „eine Maskenpflicht gehören“.

Abend-Lockdown in den Niederlanden

Den Haag. Die Niederlande verschärfen aufgrund stark steigender Infektions- und Patientenzahlen den seit zwei Wochen geltenden Teillockdown. Wie Premier Mark Rutte am Freitagabend bei einer Pressekonferenz in Den Haag mitteilte, müssen nicht systemrelevante Geschäfte, Gastronomien sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen um 17 Uhr schließen. Die 1,5-Meter-Abstandspflicht und Mundschutzpflicht werden auf alle Orte ausgeweitet, an denen zuvor alleine die 3G-Regel galt – etwa Kinos und Theater. Schulen bleiben unterdessen offen, dafür kommt die Mundschutzpflicht in den Bildungseinrichtungen zurück. Die Verschärfungen treten am Sonntag in Kraft und sollen vorerst für drei Wochen gelten. *mh*

Flugverbot für Ungeimpfte erwartet

Lufthansa-Chef Spohr sieht „weltweiten Trend“

Essen. Lufthansa-Chef Carsten Spohr erwartet globale Flugverbote für Ungeimpfte. In die USA dürfen sie bereits nicht mehr reisen. „Diesen Trend sehen wir weltweit“, sagte Spohr im WAZ-Interview. „Für Geimpfte und Genesene wird die globale Freiheit erhalten bleiben.“



Carsten Spohr PA/DPA

Spohr betonte die Vorteile einer Impfpflicht, wie sie in Österreich kommt und in der Schweizer Luftwaffe bereits gilt. Bei Swiss und den Austrian Airlines seien die Crews nahezu vollständig geimpft,

in Deutschland zu rund 90 Prozent. Nach Rückzahlung der direkten Staatshilfen von 3,5 Milliarden Euro sieht Spohr die Lufthansa auf Erholungskurs. Zugleich betonte er: „Für den Steuerzahler war die Rettung der Lufthansa, für die wir alle sehr dankbar sind, ein gutes Geschäft.“ Der Konzern habe „allein in Deutschland 92 Millionen Euro“ an Zinsen gezahlt. Zusätzlich werde der Staat „auch noch etwa eine Milliarde Euro“ am Verkauf der Aktien verdienen. *sts Interview Wirtschaft*

Anzeige

Die schönsten Bilder für das Jahr 2022



Diese und viele weitere Artikel erhalten Sie im LeserLaden, online: waz.de/shop, im Buchhandel oder telefonisch: 0 800 / 60 60 710 (kostenfrei) Ein Angebot Ihrer WAZ